

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion, 18.Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem unser Beigeordneter Bernd Leidig seinen ersten Aufschlag als Finanzdezernent auf der Seite der Verwaltung absolvieren durfte, habe ich nunmehr quasi als ersten Aufschlag den Haushalt aus Sicht der SPD-Fraktion darzulegen.

Der Haushaltsentwurf dieses Jahr hielt eine große Überraschung parat, nämlich einen Jahresüberschuss in Höhe von 453.750 €, auch wenn dies am Ende durch Steuermehreinnahmen und durch die Erhöhung der Grundsteuer zustande kam, so sind wir der Auffassung, dass die Anstrengungen, die eine Konsolidierung des Haushalts abverlangt haben und die seitens der Verwaltung, insbesondere durch die Kämmerei, in Angriff genommen wurde, sich gelohnt haben.

Schließlich geht es auch darum der nächsten Generation mehr als einen Schuldenberg zu hinterlassen. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 5.149,00 € zeigt uns mit aller Deutlichkeit, dass wir weiterhin den Weg der Konsolidierung beschreiten müssen, auch wenn der Bund seine

Ankündigung wahrwerden lässt, die Hälfte der Altschulden zu übernehmen.

Daher werden wir auch einer Erhöhung der Grundsteuer zustimmen. Erhöhungen von Steuern sind immer eine unangenehme Angelegenheit, aber diese ist begründet und mit Augenmaß berechnet.

Wie bereits eingangs schon erwähnt sprechen wir uns für die Beibehaltung der Konsolidierung aus, aber nicht ohne die Aufgaben die auf uns zukommen nämlich der Aus- und Neubau unserer Kita's, Sanierung, Erweiterung und evtl. Neubau unserer Schulen aus dem Blick zu verlieren. Dies sind Investitionen in unsere Zukunft und für die SPD-Fraktion ganz eindeutig unabdingbar.

Insoweit können wir uns dem Ziel für 2020, der von der Verwaltung unter dem Headliner „Den Investitionsstau auflösen! Werte schaffen! bei der Einbringung des Haushaltes dem Stadtrat vorgestellt wurde, nur anschließen.

Den Focus hierbei auf Investitionen im Schulbereich, in der Infrastruktur, den Kita`s und dem ÖPNV zu legen, begrüßen wir daher ausdrücklich, auch wenn diese zu einer Erhöhung der Investitionskredite führen.

Der neue Weg einer integrierten Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung werden Weichenstellungen für die

wachsende Stadt zur Folge haben, die zusammen mit den neuen Qualitätsvorgaben für die Kitas und Schulen weitere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen auslösen werden.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für eine weitere Optimierung des Mittagessensangebotes in den Schulen aus und werden diese entsprechend begleiten.

Schulsozialarbeit als Angebot in unseren Schulen ist mittlerweile die Regel und wir möchten diese kontinuierlich weiter ausbauen, da wir den Bedarf sehen und auch über die Schulen zurückgemeldet bekommen. Wir würden es begrüßen, wenn auch die Stelle der Schulsozialarbeit in den Gymnasien, für die wir uns eingesetzt haben, demnächst auch besetzt ist.

Streetworking an Brennpunkten der Stadt und auch die Angebote an die Jugendlichen in Form von Jugendtreffs sind uns wichtig als Form der niederschweligen Jugendhilfe, insbesondere auch der Jugendtreff im Pilgerpfad, der hoffentlich demnächst wieder nutzbar ist.

Meine Damen und Herren,

nachdem im Schulbau die großen Neu- und Erweiterungsbauten bei den Gymnasien und der IGS abgeschlossen sind, sind die Grundschulen in den Blick zu nehmen.

Insbesondere auch die Friedrich-Ebert-Grundschule, hier sehen wir eine Tendenz zum Neubau. Allerdings ist das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung abzuwarten.

Kritisch und problematisch sehen wir die derzeit nicht besetzten Stellen. Laut ADD handelte es sich hierbei bereits im Jahr 2018 um 150 Stellen. Diese Vakanzen ziehen sich ebenfalls durch den Gesamtstellenplan 2020 und neben der Frage, wie nicht besetzte Stellen in dieser Höhe lt. Gesamtstellenplan 2020 sind es 126,613 offene Posten überhaupt entstehen konnten, denn dies kann nicht über Nacht passiert sein, fragen wir uns, ob hier nicht rechtzeitig gegengesteuert wurde und Versäumnisse vorliegen.

Wir reden also von 15 % der Stellen in der Stadtverwaltung, die nicht besetzt sind.

Im Hinblick auf die reibungslose Aufgabenerfüllung durch die Verwaltung und auch im Hinblick auf die Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehen wir diese Entwicklung bzw. diesen Zustand mit sehr großer Sorge.

Gleichzeitig sollen in 2020 27 Stellen neu geschaffen werden. Hinzu kommen noch die 29 Stellen neu geschaffenen Stellen aus dem Nachtragshaushalt.

Wer soll da noch den Überblick behalten.

Es ist zwar derzeit der Fall, dass viele Verwaltungen gutes Personal suchen, weil aufgrund von vielen Faktoren – erhöhte Bedarfe im sozialen Bereich, neue Aufgabenzuweisungen an die Kommunen, der Weggang von älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die einzelnen Kommunen einen regelrechten Wettbewerb um Personalgewinnung betreiben. Dies macht es zwar schwieriger, aber neben der Vergütung/Besoldung, die in allen Kommunen fast identisch ist, bleibt aber ein in der Personalgewinnung steuerbares zusätzliches Element.

Hierzu zählen z. B. die Einführung eines Jobtickets, Telearbeit um Möglichkeiten zu schaffen, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen, flexible Arbeitszeitmodelle, Arbeitszeitkonten, Fortbildungsmöglichkeiten, einen Personalentwicklungsplan, um Nachwuchskräfte zu gewinnen und vor allen Dingen auch langfristig zu fördern.

Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir darauf hingewiesen, dass ein Flächennutzungsplan unbedingt und schnellstmöglich erstellt werden sollte, damit wir einen Überblick erhalten und maßvoll Entscheidungen vor allem mit Blick auf den Wohnbau- und die Gewerbeflächenentwicklung treffen können. Dies schreitet nur mäßig voran und muss weiter vorangetrieben werden.

Ein Baulückenkataster für die Innenstadt wurde von uns beantragt und liegt uns z. B. für die Innenstadt bis zum heutigen Tage nicht vor.

Stattdessen werden wir überrascht mit Verwaltungsvorlagen über künftige überdimensionierte Baumaßnahmen, welche noch als absoluter „Knaller“ für den Stadtteil vorgestellt werden. Im aktuellen Fall das Projekt „Am Jakobsplatz“.

Unser Hinweis im Planungs- und Umweltausschuss nicht vorschnell über die Köpfe der Bewohnerinnen und Bewohner hinweg eine grundlegende Entscheidung zu treffen und das Vorhaben zu kommunizieren, wurde nicht entsprochen.

Zu Recht haben sich die Bürgerinnen und Bürger dagegen gewehrt und deutlich gemacht was sie davon halten.

Viel Vertrauen ist verloren gegangen und eine Rückwärtsrolle auf Geheiß **einer** Stadtratsfraktion, wie in den sozialen Medien zu lesen war, zeugt nicht von stabilem verlässlichen Verwaltungshandeln und lässt den Ablauf in einem besonderen Licht erscheinen. Gibt es denn nur eine Fraktion im Stadtrat mit der gesprochen wird? Dies erscheint uns äußerst befremdlich.

Wir werden und wir gehen davon aus, dass auch die Frankenthalerinnen und Frankenthaler das entsprechend zu bewerten wissen.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen, ein Aufstellungsbeschluss ist ein Aufstellungsbeschluss, ist ein Aufstellungsbeschluss. Und nicht, wie ebenfalls zu hören war, nur eine IDEE!

Hier werden die Eckpfeiler für ein bauliches Vorhaben gesetzt und es sollte vorab gut überlegt und kommuniziert sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehen wir aber den Tatsachen ins Auge, der soziale Wohnungsbau kommt in Frankenthal zu kurz und nur schwerfällig voran.

Andere Planaufstellungsverfahren, wie für das Albert-Frankenthal-Quartier hinken dem Zeitplan hinterher.

Um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss gegebenenfalls geprüft werden, mit welchen Partnern und in welcher Organisationsform die Stadt selbst als Akteur auftreten kann.

Meine Damen und Herren,

weitere große Herausforderungen für die Zukunft sehen wir in der Digitalisierung der Verwaltung und in unserem Auftrag unsere bisherigen Klimaschutzbemühungen zu verstärken.

Das Onlinezugangsgesetz sieht für die Kommunalverwaltung vor, dass bis Ende 2022 rund 600 Verwaltungsdienstleistungen online angeboten werden sollen.

Dies erfordert bedeutend mehr als nur „erste Schritte bei der Digitalisierung“, sondern einen kontinuierlichen raschen Ausbau der Online-Dienste, den Ausbau des E-Governments usw.. Konsequenterweise eröffnet es einen Strauß neuer vielfältiger Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in fast allen Bereichen und Aufgabenfeldern.

Was den Klimaschutz angeht, so haben wir mit unserem gemeinsamen Antrag wichtige Pfeiler gesetzt. Wir wollen, dass bei allen relevanten Entscheidungen in allen Bereichen der Selbstverwaltung eine Folgenabschätzung berücksichtigt wird. Dies ist eine Herausforderung, das ist uns bewusst, allerdings ist die Lage mehr als Ernst und wir sehen es ebenfalls als Verpflichtung ohne Denkverbote gemeinsam daran zu arbeiten. Die Arbeitsgruppe ist schon ein erster positiver Aufschlag, der noch mit Leben gefüllt werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2020 zustimmen. Dies tun wir, weil wir die Bemühungen in der Konsolidierung des Haushaltes erkennbar

sehen und viele Ziele, welche die Verwaltung angehen will, auch unseren Vorstellungen entsprechen. Dennoch werden wir dies entsprechend unserer Verpflichtung als Stadtratsmitglieder kritisch begleiten, hinterfragen und den Fortgang mit entsprechenden Anträgen und Anfragen befeuern.

Am Ende der Ausführungen möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung bedanken für ihren Einsatz und Engagement für diese uns allen am Herzen liegende Stadt und auch dafür, dass sie uns immer für unsere Fragen und Anliegen zur Verfügung standen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Krankenhauses miteinschließen. Wir wissen, dass sie derzeit eine schwierige und turbulente Zeit durchstehen müssen, aber sie sollten wissen, wir stehen an ihrer Seite.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen geruhsame Weihnachtsfeiertage im Kreis Ihrer Familien und einen guten Jahresbeginn.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

